

Allgemeine Hinweise

- Zentrale Erkenntnisse und Empfehlungen sollen jeweils nach Themen zusammengefasst und mit entsprechenden Überschriften versehen werden.
Bsp. Themen: Anerkennung und Wertschätzung, Beratung und Begleitung für Engagierte, Demokratieförderung, Digitalisierung, Diversität im Ehrenamt, Ehrenamtliche gewinnen, Engagement in Europa und der Welt, Engagement in Krisenzeiten, Entlastung von Bürokratie, Finanzielle Förderung, Klimaschutz und Nachhaltigkeit, Mobilität, Neue Formen des Engagements, Vernetzung und Kooperation [...]
- Bei „Zentrale Erkenntnis“ soll eine Analyse der Ausgangslage und/oder der bestehenden Herausforderungen vorgenommen werden. Es werden - gegebenenfalls anhand von konkreten Beispielen - Herausforderungen und Hürden für bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt identifiziert und beschrieben (Was bewegt Sie in Ihrem Engagement und Ehrenamt?).
- Bei „Empfehlung“ sollen Ideen und Lösungsansätze beschrieben werden, wie den genannten Herausforderungen entgegnet und Hürden abgebaut werden können
(Mit welchen Ideen und Lösungsansätzen könnte das Engagement und Ehrenamt in Zukunft gestärkt werden?).
- Zentrale Erkenntnis und Empfehlungen können im Fließtext oder in Stichpunkten wiedergegeben werden. Dabei ist darauf zu achten, dass die Botschaften trotz einer verkürzten Darstellung deutlich werden.
- Am Ende kann eine kurze übergeordnete Zusammenfassung der Erkenntnisse und Empfehlungen vorgenommen und zentrale Aspekte hervorgehoben werden.

Bitte beachten Sie, dass sich die Engagementstrategie auf Themen beschränkt, für die der Bund eine Zuständigkeit hat. Um den Beteiligungsprozesses zu strukturieren wurden mögliche übergreifende Handlungsfelder vorab identifiziert: Digitale Transformation der Zivilgesellschaft, Engagement krisenfest machen, Strukturelle Herausforderungen für Engagement, Grenzüberschreitendes Engagement (keine abschließende Nennung).

Formale Hinweise

- Stellungnahmen werden erbeten bis zum **09.06.2023**.
- Die Stellungnahme ist **per E-Mail** an engagementstrategie@bmfsfj.bund.de zu übermitteln.
- Bitte nutzen Sie für Ihre Stellungnahme das **vorgegebene Format**. Ausführungen in einem Begleitschreiben können bei der Auswertung nicht berücksichtigt werden.
- Bitte beschränken Sie sich auf **maximal drei Seiten**.
- Die Übermittlung erfolgt als **Word oder Pdf-Dokument** im vorgegebenen Format. Um eine Auswertung zu ermöglichen, verzichten Sie bitte auf handschriftliche Kommentierungen mit anschließendem Einscannen.
- **Dokumententname:** Stellungnahme_Engagementstrategie_[Organisation/Verband]

Die übermittelten Stellungnahmen werden vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sukzessive ausgewertet.

Datum:	31.05.2023
Organisation/Verband:	Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e.V.
Engagementbereich¹:	Sozialer Bereich, Unfall- oder Rettungsdienst, Außerschulische Bildungsarbeit

1. Anerkennung und Wertschätzung

Zentrale Erkenntnis: Die durch die Krisen geprägten letzten Jahre (Corona-Pandemie, Hochwasserkatastrophe in Rheinland-Pfalz und NRW, Ukraine-Krieg) haben einmal mehr verdeutlicht, wie wichtig das bürgerschaftliche Engagement für die Resilienz unserer Gesellschaft ist. In den Akutphasen haben ehrenamtliche Helfer:innen im Katastrophenschutz Großartiges geleistet (Aufbau von Fieberambulanzen, Unterstützung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, Katastrophenbewältigung an Ahr und Erft, Aufbau von Notunterkünften und Geflüchteten), kombiniert mit ehrenamtlichen Helfer:innen aus dem sozialen Sektor wurden langfristige Unterkünfte eingerichtet, soziale Aktivitäten aufgebaut und Integration vorangetrieben. Für den Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) waren Tausende ehrenamtliche Kräfte in Einsätzen und Hilfsmaßnahmen eingebunden. Viele Aufgaben in den o.g. Krisen wurden im Rahmen einer „Bundeskompetenz“ umgesetzt (z.B. direkte Beauftragung durch das BMG in der Corona-Pandemie, Mitwirkung im interoperablen Krisenmanagement zwischen BMI / BMG und Hilfsorganisationen, Mitwirkung im Corona-Krisenstab im Kanzleramt usw.). Der Bundesverband des ASB hat hierbei koordinierende und logistische Aufgaben übernommen und Menschen in Einsätze gebracht, die in ihrer Freizeit ihre Zeit und Energie für das Gemeinwohl aufgebracht haben.

Empfehlung 1: Durchführung einer zentralen Dankveranstaltung für Leistungen in der Corona-Pandemie und damit Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements (z.B. in Form eines Konzerts, eines Festivals o.ä.), Anerkennung des Engagements durch Rentenpunkte, Schaffung von Gutscheinen für kostenlose DB-Fernfahrten.

¹ Kategorien Freiwilligen survey: Sport und Bewegung / Kultur und Musik / Sozialer Bereich / Schule und Kindergarten / Kirchlicher oder religiöser Bereich / Freizeit und Geselligkeit / Umwelt, Naturschutz oder Tierschutz / Außerschulische Jugendarbeit oder Bildungsarbeit für Erwachsene / Politik und politische Interessenvertretung / Unfall- oder Rettungsdienst oder freiwillige Feuerwehr / Gesundheitsbereich / Berufliche Interessenvertretung außerhalb des Betriebs / Justiz und Kriminalitätsprobleme / Sonstiger Bereich

2. Bundeseinheitliche Helfer:innenfreistellung im Bevölkerungsschutz

Zentrale Erkenntnis: Die bereits o.g. Krisen haben einmal mehr deutlich gezeigt, dass es einer bundeseinheitlichen gesetzlichen Normierung für die Freistellung von Helfer:innen äquivalent zum THW-Gesetz bedarf. Ehrenamtliche im Katastrophenschutz müssten für Übungen, Ausbildungszwecke und Einsätze unterhalb der Katastrophenschutzschwelle unkompliziert freigestellt werden können und eine ausreichende soziale Absicherung genießen. Die unterschiedlichen Landesgesetze sind hierfür nicht ausreichend. Die bereits im Koalitionsvertrag festgeschriebene Initiative zur Freistellung muss in Umsetzung gebracht werden, zumindest in den Bereichen, in denen der Bund auf „Bundeshelfer:innen“ baut, wie z.B. die Medizinischen Task-Forces des Bundes (MTFs), das Labor 5000 bzw. die mobilen Betreuungsmodule 5000 (MBM) oder Zivilschutzlagen.

Empfehlung 1: Einführung einer bundeseinheitlichen Regelung zur Freistellung von Ehrenamtlichen im Katastrophenschutz und Umsetzung des Koalitionsvertrags.

3. Freiwilliges Engagement ausbauen

Zentrale Erkenntnis: Freiwilliges/bürgerschaftliches Engagement wird in unserer Gesellschaft gerne bemüht, wenn Lücken gestopft werden sollen (z.B. das Auffangen von Aufgaben vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels) oder wenn es um den Zusammenhalt der Gesellschaft insgesamt geht. Allerdings braucht es förderliche Rahmenbedingungen, um ein Engagement für die Allgemeinheit attraktiv zu machen. Wichtig ist auch die frühzeitige Verankerung des Engagementgedankens in den Lebensläufen der Menschen.

Empfehlung 1: Schon in der Schule sollten Schüler:innen das Unterrichtsfach bürgerschaftliches Engagement in Theorie und Praxis vermittelt bekommen. Ebenso wäre für ein langjähriges freiwilliges Engagement der Erhalt von zusätzlichen Rentenpunkten eine Form der Wertschätzung und Anerkennung. Zudem sollten die Hürden für eine Vorstandsarbeit (z.B. die Haftung mit dem privaten Vermögen) abgebaut werden, um einfacher Nachwuchs für so eine verantwortungsvolle Tätigkeit zu gewinnen.

4. Freiwilligendienste stärken

Zentrale Erkenntnis: Seit Jahrzehnten sind die Freiwilligendienste FSJ und BFD als Lern- und Orientierungsdienste eine zuverlässige Größe in der Engagementlandschaft. Dabei profitieren alle Seiten: Die Freiwilligen selber, die Einsatzstellen und die Gesellschaft insgesamt = ein „**Gewinn hoch 3**“ also. Bei einer Verbesserung der Rahmenbedingungen würden sich noch mehr junge Menschen für die Aufnahme eines Freiwilligendienstes entscheiden, vor allem auch aus den Zielgruppen, die bisher unterrepräsentiert sind. Damit wäre allen Seiten geholfen und die Diskussion um die Einführung eines Pflichtdienstes würde an Vehemenz verlieren.

Empfehlung 1:

- Aufnahme der Teilzeitmöglichkeit in das JFDG und das BFDG.
- Wegfall der Anrechnung des Taschengeldes und sonstiger Sachleistungen wie Unterkunft/Verpflegung oder entsprechende Geldersatzleistungen bei Freiwilligen im Transferleistungsbezug und bei den anderen Mitgliedern einer Bedarfsgemeinschaft.
- Bessere Finanzierung der Seminararbeit. Die Teilnehmenden am FWD werden zunehmend heterogener und weisen auch zu einem steigenden Prozentsatz psychische Probleme auf. Der Personalschlüssel ist dagegen über all die Jahre konstant geblieben. Wenn der Einbezug von bisher benachteiligten Personen gelingen soll, dann müssen die Träger hier mehr Spielraum bekommen.
- Freie Fahrt für Freiwillige bzw. zumindest der Einbezug der Freiwilligendienstleistenden bei verbilligten Schülertickets.
- Erhöhung des Taschengelds, ermöglicht durch eine Förderung des Bundes.

(ggf.) Zusammenfassung zentraler Erkenntnisse / Empfehlungen

Was sind die zentralen Aspekte?

[Knappe Zusammenfassung wesentlicher Erkenntnisse / Empfehlungen]